



Position.Gesundheit

Der Krise keine Chance: Gesundheitswesen bleibt Jobmotor

Die Wirtschaftskrise hält die Welt in Atem. Die Angst um den Job und vor einem Abbau des Sozialstaates sorgt für Unsicherheit. Dabei ist der Gesundheitssektor nicht nur einer der stabilsten Arbeitgeber, sondern könnte in besonderem Maße von Investitionsprogrammen der Regierung profitieren, meint Dr. Helmut Mahringer vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO.

Die Entwicklung in der Zukunft lässt sich am besten mit einem Blick auf die Vergangenheit abschätzen. Und hier zeigt sich deutlich, dass sich in den letzten Jahren das Beschäftigungswachstum im Gesundheitssektor überdurchschnittlich entwickelt hat. „Und das auf hohem und relativ stabilem Niveau“, erklärt Dr. Mahringer, Experte für den Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit. „Insoweit ist das Gesundheitswesen ein relativ krisenfestes Segment.“ Unsicherheitsfaktoren gebe es zwar auch hier. „Die Gesundheitsleistungen sind stark abhängig von öffentlichen Budgets“, so der Wirtschaftswissenschaftler. Die Konsequenz: Das Gesundheitswesen ist nicht nur von ökonomischen Gesichtspunkten, sondern vor allem von den politischen Prioritäten abhängig. „Zudem wird die Krise, die derzeit vor allem exportorientierte Branchen der Sachgütererzeugung betrifft, sicher noch breitere Bereiche der Wirtschaft erfassen“, erklärt Mahringer. Aber genau hier liege auch die Chance: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten macht es Sinn, strukturell notwendige Maßnahmen durchzuführen.“ Anders formuliert: Als staatliche „Konjunkturspritze“ könnten bevorzugt langfristig ohnehin

notwendige Investitionen getätigt und gezielt jene Angebote ausgebaut werden, die zukünftig stärker gefragt sind. Ein Beispiel dafür: Der Ausbau des Pflegesystems. Aber auch ohne krisenbedingte Finanzspritzen dürfen die Beschäftigten im Gesundheitswesen optimistisch in die Zukunft blicken. Auch die demografische Entwicklung sorgt für steigenden Bedarf an Gesundheitsleistungen. „Die Menschen werden älter, zudem wird der Anteil an älteren Personen an der Gesamtbevölkerung immer größer. Dies sorgt zwangsläufig für steigende Nachfrage.“ Selbst in Zeiten knapperer Budgets sieht Mahringer Auswirkungen auf die Entlohnung der Beschäftigten im Gesundheitswesen. „Akademische medizinische Berufe werden auch heute schon gut entlohnt. Allerdings gibt es manche Bereiche wie Altenpflege, die nicht unbedingt den Anforderungen entsprechend bezahlt werden. Hier wird es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu Knappheiten kommen“, erwartet Mahringer. „Dann wird die öffentliche Hand nicht umhin kommen, auch finanzielle Anreize zu schaffen, um diesem Personalengpass entgegenzuwirken. Alles in allem also keine schlechte Ausgangslage für eine Karriere im Bereich Gesundheit. „Insgesamt zeigt die Vergangenheit, dass der Gesundheitssektor schon seit vielen Jahren als Jobmotor wirkt. Vor allem höher qualifizierte Berufe werden auch in Zukunft stark gefragt sein“, versichert der Wirtschaftsexperte. Kein Wunder also, dass laut WKO im Februar trotz generell starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit die Zahl der Beschäftigungslosen ausgerechnet in einem Bereich weiter gesunken ist: im Gesundheitssektor.



Sie erzielten nach harten Verhandlungen eine für alle Seiten vorteilhafte Finanzierungs-Lösung: Mag. Peter Ausweger (GF der OÖ. Ordensspitäler Koordinations GmbH), LH Josef Pühringer, Frater Engelbert Raab (Prior Barmherzige Brüder Linz), Sr. Elsbeth Berghammer (TAU-Gruppe), Dr. Silvia Stöger (Gesundheitslandesrätin). Das Verhandlungsteam: Prim. Dr. Wolfgang Artmann, Mag. Raimund Kaplinger, Mag. Dietbert Timmerer (Klinikum Wels-Grieskirchen), Dr. Imtraud Ehrenmüller (Kreuzschwestern Sierning), Prim. Dr. Wolfgang Brandtner (Barmherzige Schwestern Ried), Dr. Franz Harnoncourt und Sr. Engelberta Augl von den Elisabethinen Linz, Erwin Windischbauer und Sr. Gisela Wiesinger (Krankenhaus Braunau), Dr. Andreas Krauter und Mag. Walter Kneidinger (Barmherzige Schwestern Linz). Foto: Landespressediens/Kraml (2)

Neuer Vertrag mit Land OÖ sorgt für Fairness bei der Finanzierung der Ordensspitäler Finanzielle Ungleichbehandlung weitgehend beseitigt

Eine jahrelange Forderung der Ordensspitäler wurde endlich erfüllt: Kurz vor Weihnachten unterzeichnete Landeshauptmann Josef Pühringer einen neuen Finanzierungsvertrag. Dieser legt fest, dass das Land seine Leistung zur Deckung der Betriebsabgänge, also des durch den Betrieb eines Spitals unvermeidlichen Defizits, bei den Ordensspitälern deutlich erhöht. Mussten die Ordenskrankenhäuser bislang

vier Prozent des laufenden Betriebes aus eigenen Mitteln bestreiten, wird diese Eigenleistung nunmehr kontinuierlich auf ein Prozent reduziert. Eine lebenswichtige Erleichterung, um die hohe Qualität der Krankenhäuser zu sichern, da allein für 2009 bei den OÖ. Ordensspitälern ein Betriebsabgang von rund 227 Millionen Euro erwartet wird. Die Neuregelung tritt sofort in Kraft und wird im Rahmen eines Stufenplans

Position.Gesundheit widmet sich in den nächsten Ausgaben der Entwicklung der Beschäftigten in Österreichs Krankenhäusern sowie der Zukunft der Personalentwicklung.



Barmherzige Brüder
Linz



Barmherzige Schwestern
Linz, Ried
Vinzenz Gruppe



Elisabethinen
Linz



Franziskanerinnen
Braunau, Wels-Grieskirchen
TAU-Gruppe



Kreuzschwestern
Wels-Grieskirchen, Sierning

bis zum Jahr 2013 sukzessive umgesetzt. Die Ordensspitäler müssen nun pro Jahr um die fünf Millionen Euro selbst aufbringen. Bislang wurde dieser Eigenbeitrag durch die unentgeltliche Arbeitsleistung der Ordensschwwestern bestritten. Die sinkenden Mitgliedszahlen in den Orden machen diese Art der Finanzierung allerdings zunehmend schwierig. Gleichzeitig steigen die Kosten für die medizinische Versorgung aber ständig an. Weiteres Problem war bislang, dass medizinische Leistungen der Ordensspitäler etwa im stationären Bereich anders vergütet wurden als gleiche Leistungen der Landeskrankenhäuser. Auch dieser Ungleichbehandlung wird mit der Anhebung des Landes-Deckungsbetrages auf 99 Prozent ein Ende gesetzt. Mag. Peter Ausweger von der OÖ. Ordensspitäler Koordinations GmbH zeigte sich erfreut und zufrieden über die Einigung. Die Ungleichbehandlung war nicht länger zu rechtfertigen. Der neue Vertrag ist auch eine Anerkennung der enormen Leistung, die unsere Mitarbeiter für die Öffentlichkeit erbringen. Jetzt können die Orden weiterhin

„Gleiche Kosten, gleiche Leistung – da ist gleiche Bezahlung nur fair.“

Mag. Peter Ausweger

mit ganzer Kraft für ihre Patienten arbeiten.“ Zudem erhalten die Ordensspitäler einen Investitionsbetrag von 50 Millionen Euro, über dessen Verwendung noch dieses Frühjahr entschieden werden soll. Ebenfalls im Vertrag festgelegt ist die Überprüfung der Ordenskrankenhäuser durch den Landesrechnungshof. Eine Kontrolle, die seitens der Spitäler nicht gefürchtet werden muss. Schließlich berief sich das Verhandlungsteam gegenüber den Landesvertretern unter anderem auch auf eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) über die öffentliche Spitalsfinanzierung. Und in dieser Studie heißt es: „Nur die Ordensspitäler sind angehalten, private Eigenmittel einzubringen. Dies steht in krassm Widerspruch zur nachgewiesenen höheren Effizienz der Ordensspitäler.“ Der Forderung der Studie „Mitbewerber wie die Ordensspitäler dringend mit den Landeskrankenhäusern gleichzustellen“, wurde somit zumindest in Oberösterreich Folge geleistet – zum Wohl der Patienten, deren hochwertige medizinische Behandlung und Pflege damit auch weiterhin gesichert ist.



„Dem Leben dienen“ lautet der Leitsatz der OÖ. Ordensspitäler. Die wirtschaftlichen Mittel für die hochwertige Betreuung der Patienten sind durch den neuen Finanzierungsvertrag gesichert, der von Gesundheitslandesrätin Silvia Stöger und LH Josef Pühringer unterzeichnet wurde.

Fakten über die OÖ. Ordensspitäler

Spitäler	7
Mitarbeiter	7.909
Betten	3.823
Patienten (stationär)	228.791
Patienten (ambulant)	774.784
Belagstage	1.102.831
Umsatz	658.415.312 Euro
Anteil stat. Patienten in OÖ.	48%
Anteil amb. Patienten in OÖ.	51%
Anteil der Krankenhausbetten	45%



„Hart, aber gerecht“ zur besten Lösung

Schwester Engelberta Augl, Geschäftsführerin des Elisabethinen-Krankenhauses in Linz, war Mitglied jenes Teams, das den neuen Finanzierungsvertrag mit dem Land Oberösterreich ausverhandelt hat. Im Gespräch mit Position.Gesundheit schildert sie die Gespräche als hart, aber stets sachlich und wertschätzend.

Sr. Engelberta, freuen Sie sich über den Vertragsabschluss?

Das kann man wohl sagen, es stellt ja erstmals eine langfristige Finanzierungssicherheit für unsere Ordensspitäler dar. Es hat gut eineinhalb Jahre gedauert, bis es schließlich zur Einigung kam.

Die Forderung selbst wurde aber schon länger gestellt?

Ja, die Frage nach dem Finanzierungsausgleich stellt sich schon seit Jahren. Es ist der Abschluss einer langen, aber letztlich erfreulichen Verhandlung.

Hatten Sie zwischendurch manchmal Zweifel, ob eine Einigung zustande kommt?

Wenn die Positionen recht festgefahren waren, bin ich schon manchmal mutlos geworden. Hin und wieder hab ich gedacht: Da geht jetzt nichts mehr weiter. Aber es wollten ja beide Seiten einen vernünftigen Abschluss erreichen, und das ist auch gelungen. Gott sei Dank.

Wie wichtig war der Abschluss zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Enorm wichtig! Sie müssen sich vorstellen, dass die Ausgaben ständig steigen. Man braucht in einem modernen Krankenhaus ständig neue und noch teurere Geräte. Die Einnahmen gehen aber zurück. Teilweise bekommt man heute für dieselbe medizinische Leistung weniger Geld als noch vor ein paar Jahren. Und die Ordensschwwestern werden immer weniger, die mit dem Verdienst ihrer Arbeitsleistung das ausgleichen können. Ich würde mir sicher mehr junge Schwestern wünschen.

Können die Ordensspitäler mit dem nunmehr einen Prozent Betriebsabgang leben?

Zumindest gilt das Ergebnis vom laufenden Betrieb her bis zum Jahr 2013. Wie es dann weitergeht, wird man

sehen. Problematisch sind aber eher die Investitionskosten - allein bei den Elisabethinen werden bis 2010 rund 80 Mio. Euro verbaut und investiert. Zehn Prozent der Investitionen müssen wir selbst decken, da muss man schon schauen, wo man das Geld herbekommt. Diese Eigenkosten bleiben trotz der Einigung unverändert, die muss der Orden aus seiner eigenen Kasse bezahlen. Daran sieht man, wie wichtig dieser Finanzierungsvertrag wirklich ist.

Ist das Ihr nächstes Ziel?

Sicher muss auch hier noch was geschehen. Aber jetzt freuen wir uns erstmal über den Abschluss des Finanzierungsvertrages.

Wer war beim Land Ihr Verhandlungspartner?

Der Vertrag war Chefsache, da hat Landeshauptmann Josef Pühringer persönlich verhandelt. Er ist ein sehr harter, konsequenter Verhandlungspartner. Aber er lässt sich durchaus auch was sagen, wenn man gute Argumente hat. Und die hatten wir.

Der Vertrag wurde um Weihnachten herum abgeschlossen – ein doppelter Grund zum Feiern?

Klar haben wir nach der Unterzeichnung des Vertrages gemeinsam mit den Leuten vom Land angestoßen. Wir haben uns ja auch menschlich gut verstanden. Das Land weiß, was es an den Ordensspitalern hat. Ein Vorteil war sicher, dass die Ordensspitäler gemeinsam aufgetreten sind. Da hat man schon einen besseren Stand. Und vielleicht hat ja auch Weihnachten ein bisschen mitgespielt und das Christkind den Verhandlungen nachgeholfen.

Wir danken für das Gespräch.